

Dr. Torsten Schwan

Walter Haas-Str. 33
D-49088 Osnabrück
Montag, 29. November 2010

Schwan, Walter Haas-Str. 33, D-49088 Osnabrück
Stadt Jena
Oberbürgermeister
Am Anger 15
07743 Jena

Die Universitätsschule Jena – „Zufluchtsort für jüdische Kinder im Nationalsozialismus“?

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Dr. Schröter,
Sehr geehrte Mitglieder des Jenaer Kulturausschusses,

in einem Schreiben vom 28. Oktober hatte ich Ihnen mitgeteilt, dass ich nicht an dem Workshop „Peter Petersen und die Jenaplan-Pädagogik“, der am 04./05. November stattgefunden hat, teilnehmen würde, und Ihnen meine Absage umfassend begründet. Der Grund für meine Absage war, dass die Organisation des Workshops meiner Meinung nach an verschiedenen Stellen auf Entlastung sowohl der Person Petersen als auch der Jenaplan-Pädagogik während der NS-Zeit abzielte. Diese Sichtweise habe ich Ihnen in jenem rund 18-seitigen Schreiben begründet. In jenem Schreiben habe ich *nicht* unterstellt, wie Sie, sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, in einem Schreiben vom 09. November an mich ohne weite Begründung behaupteten, es gehe um eine Kampagne gegen mich. Denn eine solche Unterstellung wäre tatsächlich abwegig.

Vielmehr geht es – das ist meiner Meinung nach in den letzten rund drei Wochen immer deutlicher geworden – um eine Kampagne zur Namensbeibehaltung des heutigen „Petersen-Platzes“. Die Difamierung von Personen durch Unterstellung von Positionen, die von ihnen gar nicht vertreten werden, das Abblocken kritischer Rückfragen oder argumentativ begründeter Gegenargumente, die als „agitatorische Floskeln“ tituliert werden und damit gezielt diskreditiert werden sollen (dieses und die folgenden Zitate entstammen einem der Öffentlichkeit am 24. November präsentierte Positionspapier der ehemaligen Tagungsleitung), auch die Angriffe auf die OTZ, die Studentenzeitschrift Akrützel und die TAZ, denen „tendenziöse Berichterstattung“ vorgeworfen wird, darüber hinaus die Kategorisierung einer Plakataktion von Jenaer Studenten als Behinderung „des eingeschlagenen Wegs“, schließlich der für die Öffentlichkeit formulierte Anspruch, „kritische Aufklärung“ zu betreiben, der aber tatsächlich nur dazu dienen soll – wie zu zeigen sein wird –, die Öffentlichkeit von offensichtlichen Problematiken abzulenken – all das ist Teil einer gezielten Kampagne und reicht insofern deutlich über den Umgang mit meiner Person hinaus. Insofern – da stimme ich Ihnen weiterhin zu, sehr geehrter Herr Oberbürgermeister – geht es eben nicht um eine Kampagne gegen mich.

In einem Brief vom 01. November an Sie, sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, habe ich Ihnen zu einem Zeitpunkt, da ich noch nicht von der beschriebenen Kampagne ausging, verschiedene Fragen gestellt, Sie um Vermittlung in einem immer deutlicher werdenden Dissens gebeten und Ihnen aus freien Stücken versichert, dass ich mich *nicht* an die Medien wenden würde, um – trotz einer vormals gezielt vorgenommenen Diskreditierung meiner Person vonseiten der Tagungsleitung – den-

noch von meiner Seite kein Öl ins Feuer zu gießen. Denn mein Ziel war und das ist es auch weiterhin, dass die Beschädigung von Personen und Institutionen nach Möglichkeit vermieden wird. An meine Zusicherung habe ich mich bis zum heutigen Tage gehalten.

Ich hatte mit jenem Schreiben die Hoffnung verbunden, dass Sie – trotz Ihres ja bereits zu Beginn des Jahres öffentlich formulierten Eintretens für den Namenserhalt des „Petersen-Platzes“ – qua Amt die meiner Meinung nach gebotene Neutralität wahren und eine vermittelnde Rolle einnehmen würden. Das haben Sie meiner Meinung nach bis zum heutigen Tage leider nicht getan. Nicht umsonst sind Sie auf mein zuletzt genanntes Schreiben in Ihrem oben genannten Brief vom 09. November mit keiner Silbe eingegangen. Auch ein weiteres Schreiben, das ich Ihnen und dem Kulturausschuss am 13. November zusandte, ließen Sie unbeantwortet. Letztlich haben Sie bislang nur reagiert, indem Sie in Ihrem Schreiben vom 09. November insbesondere die von Ihrer Seite mit keiner Begründung versehene Behauptung aufstellten, ich würde eine gegen mich gerichtete Kampagne unterstellen, hätte mich mit meiner „Absage der entsprechenden Debatte auf dem Workshop entzogen“, ihn damit „belastet“ und „es erschwert, seine gründliche wissenschaftlich-kritische Debatte über Petersen und die Jenaplan-Pädagogik, seine Ergebnisse und die auf ihm dargelegten neuen Forschungsergebnisse öffentlich entsprechend zu vermitteln“. Mit Ihrem gesamten Verhalten haben Sie meiner Meinung nach, sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, eine klare Position bezogen; sie ist nach meinem Empfinden nicht von vermittelnder Neutralität geprägt.

Weiterhin haben Sie wiederholt von einer von der „Stadt und Universität eingeschlagenen Linie“ gesprochen, von der Sie augenscheinlich nicht abweichen wollen und können. Neben Ihnen sind die weiteren Protagonisten dieser politisch-wissenschaftlichen „Linie“ – denn auch diese Herren haben sich in jenem Sinne öffentlich positioniert – die Bürgermeister Vogel und Schenker sowie die Hochschullehrer Fauser und John, darüber hinaus auch der Jenaer Stadthistoriker Stutz.

Ihnen und den genannten Herren geht es nach den auch öffentlich bekundeten Darlegungen um eine kommentierte Namensbeibehaltung des „Petersen-Platzes“. Eine solche Position, das möchte ich hier festhalten, ist meiner Meinung nach legitim – allerdings nur solange, wie sie auf Grundlage wahrhaftiger Argumentation vertreten wird. Dass die zur Begründung dieser Position angestellte Argumentation meiner Meinung nach bereits vor Beginn des Workshops vielfach nicht wahrhaftig war, habe ich schon in meinem oben genannten Schreiben vom 28. Oktober ausgeführt und dort an verschiedenen Beispielen umfangreich begründet. Damals nahm ich an, dass das Problem ein vor allem wissenschaftliches war, da ich den politischen Teil der „Linie“ noch nicht erkannt oder ihn vielleicht auch nur als nicht für möglich erachtet hatte. Die letzten Wochen haben mich anderes gelehrt.

Sie und die weiteren genannten Herren, sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, gehen öffentlich davon aus – denn in diesem Sinne wird das formuliert –, dass es einen „durch überprüfende Forschungen nunmehr auch bezeugte[n] Schutz gefährdeter Menschen“ durch Petersen nach 1933 gegeben habe. Ich halte es für möglich und auch für wahrscheinlich, dass sich Petersen nach 1933 im Rahmen der herrschenden rechtlichen Lage für diskriminierte Menschen eingesetzt hat. Andererseits sollte man aber – und zwar ohne beides gegeneinander aufzurechnen; denn eine Aufrechnung führt meiner Ansicht nach nicht wirklich weiter – die bekannten und vielfach problematischen Handlungen Petersens genauso klar ins Auge fassen. Denn jene gehören gleichfalls zum „ganzen Petersen“. Mit einseitigen Sichtweisen auf das Thema kommt man wissenschaftlich nicht weiter und beschädigt man politisch einen laufenden Entscheidungsprozess.

Um solche Beschädigungen zu verhindern, habe ich in meinem Schreiben vom 28. Oktober auch auf Problematiken des unlängst vom emeritierten Braunschweiger Hochschullehrer Retter „mit Unterstützung der Stadt Jena, OB-Bereich“ veröffentlichten Buchs zur Universitätsschule Jena als „Zufluchtsort für bedrohte Kinder im Nationalsozialismus“ aufmerksam gemacht (vgl. ebenda, S. 12f.).

Jenes Buch stellt augenscheinlich die zentrale Legitimationsbasis für die Behauptung dar, es gebe einen „*durch überzeugende Forschungen* nunmehr auch bezeugte[n] Schutz gefährdeter Menschen“. Dem Autor gelingt meiner Meinung nach allerdings keine „überzeugende Forschung“.

Vielmehr ist seine Studie – das zeige ich in der beigefügten Analyse seines Hauptkapitels in aller gebotenen Ausführlichkeit – als der massiv revisionistische Versuch anzusehen, auf Grundlage einer wissenschaftlich unzureichenden und von strategischen Erzähltechniken geprägten Methodik eine heile Welt in der Universitätsschule nach 1933 zu konstruieren.

Geschichtsrevisionistisch ist dieses Buch unter anderem deshalb – um zwei Beispiele bereits an dieser Stelle zu nennen –, da auf gänzlich unbelegter Grundlage und unter Ausklammerung aller bekannten Gegenargumente Behauptungen wie die beiden folgenden aufgestellt werden:

- „Man war im Volksbildungsministerium, im Amt des Reichsstatthalters Sauckel und in der NSDAP-Gauleitung durchaus informiert darüber, dass Petersen jüdische bzw. jüdischstämmige Schülerinnen und Schüler schützte. Aber sowohl von Seiten des Jenaer Schulamtes als auch des Weimarer Ministeriums zögerte man, mit Weisungen in den Machtbereich der Universität einzugreifen.“ (S. 121)
- „Lässt man allein die heutigen Aussagen der damals bedrohten Kinder gelten, dann war dies für sie eine Zeitspanne erlebten Glücks, das es nirgendwo anders gab. Denn auch ‚systemtreue‘ Eltern hatten sich im Raum der Universitätsschule deren ungeschriebenen Gesetze zu fügen – und sie taten es.“ (S. 124)

Nicht nur diese Aussagen des Buchs, das zeige ich in der beigefügten Analyse, sind geschichtsrevisionistisch. Ihr Revisionismus liegt an diesen Stellen darin begründet, dass sie in erschreckender und nicht akzeptabler Art und Weise sowohl die Person Fritz Sauckels als auch die thüringische NSDAP-Gauleitung, das Volksbildungsministerium und das Jenaer Schulamt während der NS-Zeit verharmlosen, wie sie zugleich auch auf Entlastung der „systemtreuen“ Teile der deutschen Bevölkerung, aber auch der Jenaer Universität abzielen.

Mit diesem Vorgehen wird zur Entlastung Petersens eine Grenze überschritten, die keine wissenschaftlich redliche Darstellung überschreiten darf. Nicht nur, aber gerade auch die Verniedlichung der NSDAP-Gauleitung und Fritz Sauckels, der ab Ende März 1942 in seiner Funktion als „Generalbevollmächtigter für den Arbeitseinsatz“ verantwortlich für den Zwangsarbeitereinsatz von Millionen von verschleppten Menschen war (und der deshalb im Nürnberger Prozess gegen die Hauptkriegsverbrecher zum Tode verurteilt und im Anschluss daran hingerichtet worden ist), ist erschreckend.

Sauckel und die NSDAP-Gauleitung zum Mitwisser von konstruierten Widerstandshandlungen Petersens zu machen und gleichzeitig zu behaupten, sie hätten Petersens Widerstandshandlungen toleriert, formuliert eine Verharmlosung der NS-Herrschaft, die vergangenheitspolitisch völlig unakzeptabel ist. Die hinzugezogene Begründung, der „Machtbereich der Universität“ hätte jüdische Kinder vor der Deportation geschützt und Petersen die Möglichkeit geboten, sie entsprechend zu schützen, ist aus wissenschaftlicher Warte betrachtet nur grotesk zu nennen. An dieser Stelle werden Mythen erneuert, von denen die Geschichtsbetrachtung bestimmter Kräfte in den 1950er Jahren geprägt war. Der heutige Forschungsstand wird von Retter letztlich mit der Intention negiert, ein ehrendes Gedenken an Petersen zu legitimieren. Mit der Reaktualisierung der genannten Mythen handelt Retter deshalb revisionistisch.

Wie Sie verantworten wollen, sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Dr. Schröter, dass ein Buch, das die genannten und noch einige weitere Behauptungen ähnlichen Kalibers aufstellt, „mit Unterstützung der Stadt Jena, OB-Bereich“ gedruckt werden konnte, ist mir gänzlich unklar. Warum Sie,

obgleich ich Sie bereits vor rund vier Wochen auf einige der vielfachen Problematiken aufmerksam gemacht habe, gemeinsam mit den oben genannten weiteren Protagonisten noch immer nicht Ihre politisch-wissenschaftliche „Linie“ aufgegeben haben, kann ich nicht nachvollziehen. Auch deshalb habe ich es mittlerweile aufgegeben, Sie und die genannten Herrn überzeugen zu wollen. Augenscheinlich sind Sie, aber auch die weiteren Protagonisten der beschriebenen politisch-wissenschaftlichen „Linie“ mittlerweile gegenüber jeder argumentativen Darlegung anderer Auffassungen gänzlich immunisiert. Ich habe das Gefühl, Sie sind mittlerweile überhaupt nicht mehr in der Lage, sich erst einmal unvoreingenommen anzuhören, was andere Ihnen mitteilen wollen.

Denn in den Reihen Ihrer „Linie“ nimmt man meiner Meinung nach schon viel zu lange begründete Gegenmeinungen und kritische Rückfragen bestenfalls als „Unterstellungen“ wahr. Was der beschriebenen „Linie“ nicht passt, wird ohne differenzierte Begründung als unwissenschaftlich und unredlich abgekanzelt. Obgleich man vonseiten Ihrer „Linie“ immer wieder auf den eigenen Vorbildcharakter verwies und verweist, haben Sie und Ihre „Linie“ – wenn ich das richtig sehe – sich tatsächlich zusehends isoliert und die eigenen Vorstellungen immunisiert. Damit wurde das Klima für eine ergebnisoffene und von gegenseitiger Wertschätzung geprägte Debatte zerstört und wird der politische Prozess, den sich die Stadt Jena letztes Jahr in anerkennender Weise selbst auferlegt hat, behindert. Wollen Sie und die Protagonisten auch zukünftig auf dieser „Linie“ weiter fortfahren, sehr geehrter Herr Oberbürgermeister? Wie weit wollen Sie dabei noch gehen und was muss eigentlich noch geschehen, dass man auf ihrer „Linie“ einsieht, dass man sich bestenfalls völlig veranrant hat? Wie viel Vertrauen in Sie und die genannten Herren wollen Sie eigentlich noch zerstören?

Es tut mir leid, sehr geehrte Mitglieder des Kulturausschusses, dass ich Ihnen im Anhang die nächste umfassende Schrift zumute. Aber ein komplexes Thema bedarf der komplexen Betrachtung. Anders ist das nun einmal nicht möglich. Das ist auch der Grund dafür, dass ich es auch erst jetzt, einen Tag vor der nächsten Sitzung des Kulturausschusses, geschafft habe, die Analyse fertigzustellen. Ich hätte sie gerne bereits vor wenigen Tagen abgeschlossen, aber auch mir fließen 50 Seiten wissenschaftlicher Text zu einem schwierigen Thema nicht einfach so aus der Feder.

Ich bitte Sie, sehr geehrte Mitglieder des Kulturausschusses, am morgigen Dienstag die Protagonisten der genannten „Linie“ zu fragen, was sie auf der kommentierten Tafel formulieren wollen, die nach deren Meinung dem „Petersen-Platz“ beigefügt werden soll. Ich denke, das sollte auch der interessierten Öffentlichkeit mitgeteilt werden.

Da ich von Ihnen, sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, seit rund vier Wochen nicht eine Antwort auf meine Fragen erhalten habe und Sie stattdessen unter anderem die Behauptung aufstellten, ich würde Unterstellungen verbreiten, und Sie darüber hinaus die weiteren oben genannten Verzeichnungen der tatsächlichen Lage vornehmen, gehe ich davon aus, dass Sie die von mir gewünschte neutrale Position nicht einnehmen möchten oder können. Ich respektiere auch diese Entscheidung. Ich bin aber auf jener Grundlage allerdings nicht mehr bereit, meine aus freien Stücken gewählte Zurückhaltung aufrecht zu erhalten und mich nicht an die Medien zu wenden. Ich werde deshalb das Forum „Jenapolis“ bitten, dieses Schreiben – nach Möglichkeit mit entsprechender Verlinkung auf die beigefügte Analyse des genannten Buchs – öffentlich ins Netz einzustellen. Darüber hinaus sende ich dieses Schreiben und den Anhang auch an Benjamin Ortmeier, sodass beide unter der von ihm eingerichteten Internetadresse eingestellt werden können.

(<http://streitumpetersen.wordpress.com/>).

Mit freundlichen Grüßen
gez. Torsten Schwan

Anlage: